

Die Flüchtlingskrise und kein Ende

Stefan Luft

über das Asylpaket II

Ein Ende der weltweiten Massenflucht ist nicht in Sicht. Die humanitären Katastrophen und Konflikte in Syrien, Somalia, Süd-Sudan, Afghanistan (um nur einige zu nennen) verschärfen sich von Monat zu Monat. Die weitere Eskalation in Syrien, in der jetzt eine unmittelbare Konfrontation zwischen Russland und dem Nato-Partner Türkei droht, hat das Zeug, sich zum Weltkrieg auszuweiten.

In Afghanistan, so berichtete die Uno jüngst, hat die Zahl der zivilen Opfer im Jahr 2015 mit über 11 000 einen erneuten Höchststand erreicht. Völlig unberechenbar ist die Entwicklung in der Ukraine, die Auswirkungen des türkischen Kriegs

gegen die Kurden oder die Lage im Jemen – jederzeit können hieraus größere Flüchtlingsbewegungen entstehen. Nicht vergessen werden darf: Mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit verbleiben in ihren Herkunftsländern. Von denjenigen, die Grenzen überschreiten, bleibt der größte Teil in den unmittelbaren Nachbarländern.

Wenn sich die Verhältnisse dort allerdings über Jahre verschlechtern, wenn immer höhere Verschuldung, Kinderarbeit, Bettelei und Verelendung die Perspektiven sind, wenn die Hoffnungslosigkeit erdrückend wird, machen sich die Stärksten unter ihnen auf den Weg – auch nach Europa.

Vorrangiges Ziel müsste es daher sein, die Verhältnisse in den Erstaufnahmestaaten zu verbessern – sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Einheimischen. Viel zu lange haben die Staaten hingonnen,

dass die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert waren und die Lebensmittelrationen sowie die Versorgung mit Hygieneartikeln gekürzt werden mussten. Gleiches gilt für die sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Belastungen der Hauptaufnahmestaaten.

Die deutsche Bundesregierung, die den Massenzustrom von Flüchtlingen nach Europa im September 2015 zumindest verstärkt hat, hätte allen Grund gehabt, hier in die Offensive zu gehen und einen Marshall-Plan für die Syrien-Anrainerstaaten aufzustellen und umzusetzen. Wäre sie mit zehn Milliarden Euro vorangegangen, wären andere gefolgt und die Aufbauarbeiten hätten schon Ende 2015 starten können. Nicht zuletzt die deutsche Wirtschaft hätte davon profitiert. Mit jedem Euro, der in den Nachbarstaaten der Krisenherde eingesetzt wird, wird ein Vielfaches von dem bewirkt, was hier in Deutschland mit

dem gleichen Betrag erreicht werden kann.

Die Vorstellung, dass die Flüchtlingskrise in Deutschland oder in Europa gelöst werden kann, ist jedenfalls abwegig. Die EU könnte an einem über Jahre andauernden Zuzug dieser Ausmaße zerbrechen, das kann in niemandes Interesse sein.



Unser Gastautor

ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Im nächsten Monat erscheint sein neues Buch. Es trägt den Titel: „Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen“ und erscheint im Verlag C. H. Beck.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.